

11.02.93

Antrag

der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen,
Saarland, Schleswig-Holstein

zum

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der
steuerlichen Bedingungen zur Sicherung des
Wirtschaftsstandorts Deutschland im Europä-
ischen Binnenmarkt
(Standortsicherungsgesetz - StandOG)

Punkt 24 der 652. Sitzung des Bundesrates am 12. Februar 1993

Der Antrag ersetzt die Empfehlungsdrucksache 1/1/93

Der Bundesrat möge beschließen:

Eine aufkommensneutrale Unternehmensteuerreform
für mehr Investitionen und mehr Beschäftigung ist erforder-
lich. Diese Unternehmensteuerreform muß sowohl den
wirtschaftlichen Notwendigkeiten als auch den finanzpoli-
tischen Möglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland
entsprechen.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Entscheidungen über
Konsolidierungsmaßnahmen ist auch dem Gebot einer ge-
rechten Lastenverteilung Rechnung zu tragen.

Ausgeliefert am 11. FEB. 1993

- 2 -

1/9/93

- 2 -

Hinsichtlich dieser Anforderungen muß der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf überprüft werden.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im weiteren Beratungsgang des Gesetzes zu den Empfehlungen seiner Ausschüsse in BR-Drs. 1/1/93 Stellung zu nehmen.